



Gewerbeverein Gotha e.V. • Mönchelsstraße. 19 • 99867 Gotha

An
das Bundeswirtschaftsministerium
den Freistaat Thüringen (Staatskanzlei)
das Thüringer Wirtschaftsministerium (TMWWDG),
sowie Land und Bund!

Gotha, 02.03.2021

WIR FORDERN !!!

Sehr geehrte Damen und Herren, der Gewerbeverein Gotha ist eine Vereinigung selbstständiger Unternehmer aus Industrie und Handwerk, Handel, Dienstleistungsgewerbe und der freien Berufe sowie der Vereine, Verbände und sonstigen Vereinigungen und juristischen Personen des öffentlichen Rechts, soweit deren wirtschaftliche, gesellschaftliche oder soziale Tätigkeiten der Entwicklung der Residenzstadt und des Landkreises zugutekommen.

Der Verein strebt deren Zusammenschluss im Bereich der Residenzstadt Gotha und des Landkreises zur Durchsetzung ihrer Interessen an. Dabei sehen wir uns als Mittler zwischen Politik und Wirtschaft. Aus Sorge um die weitere Entwicklung unserer Mitgliedsbetriebe schreiben wir Ihnen unsere Forderungen.

Wir fordern eine schnelle und vollständige Öffnung des Einzelhandels!

Uns und unseren Mitgliedern ist bewusst, dass eine einfache Öffnung nicht die entgangenen Umsätze der letzten Monate ersetzt, und mit dem Tag einer Wiedereröffnung der "Status quo ante" nicht eintreffen wird.

Deshalb fordern wir eine breit angelegte Marketingkampagne, um manifestierte Vorbehalte in der Bevölkerung zu entkräften, neues Vertrauen aufzubauen und den stets verantwortungsvollen Umgang der Unternehmen mit der Pandemie zu betonen. Stellen Sie auf reelle Konzepte ab, die auch wirtschaftlich funktionieren!



Wir fordern Hilfen nach der Öffnung!

Was passiert mit den in der Krise aufgenommenen Krediten, die teilweise schon nach zwei Jahren fällig sind? Augenscheinlich besteht das große Problem, dass viele Betriebe nun die Monatsmieten und weitere Verbindlichkeiten, insofern diese nicht in ein Überbrückungsgeld fallend, vor sich herschieben. Selbst wenn die Kaufkraft bei einer Öffnung von Null auf Hundert käme, ließen sich die Verluste der letzten Monate nicht ohne Fremdunderstützung aufholen. Sich mit Krediten neu zu verschulden darf hier nicht die Lösung sein – Wir fordern eine finanzielle Unterstützung über den Zeitpunkt der Öffnung hinaus! Wir fordern eine nachhaltige Exit-Strategie!

Wir fordern eine kreative Unterstützung für eine lebendige Verkaufskultur!

Wir fordern eine aktive Innenstadtförderung, welche die Marktverschiebung des letzten Jahres korrigieren kann. Dazu zählen finanzielle Hilfen für Veranstaltungsprojekte mit Bezug zum Handelsbereich und eine zeitweilige Aufweichung der Sonntagsöffnungsregeln!

Wir fordern einen Bürokratieabbau!

Zusätzlich zu den schweren Bedingungen der letzten Monate sind es verschiedene Rechtsvorschriften, die es den Handel- und Gewerbetreibenden schwierig machen, wieder geschäftlich festen Boden zu erreichen.

Eine Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für Unternehmen und eine Anhebung der Grenzen hilft der Wirtschaft. Geringwertige Wirtschaftsgüter können im Augenblick bis zu einem Wert von 800,00 € sofort abgeschrieben werden. Diese Grenze muss angehoben werden. So können Unternehmen Kosten für die Wiedereröffnung sofort abschreiben und ihre Liquidität unbürokratisch erhalten. Diese Regeln sollen für Bilanzierer und als auch für Einnahme-, Überschussrechner gelten.

Massiv sind auch die Anforderungen an die Umstellung auf die manipulationssichere Führung der Kassen. Dies bedeutet für viele Unternehmen in dieser schwierigen Zeit einen zusätzlichen wirtschaftlichen Aufwand für die Zertifizierung. Wir fordern das Aussetzen dieser Kassenrichtlinie bis 31.12.2022.



Die derzeitigen Regeln zur Kurzarbeit müssen wieder auf den Stand vor dem 31.12.2020 gesetzt werden! Abzüglich der Kosten der Kurzarbeit muss man die verbleibenden Personalkosten in der Fixkostenbetrachtung zulassen, da Arbeitnehmer auch verplanten Urlaub nehmen, bzw. die Feiertage abgedeckt werden müssen. Wir fordern die Aufstockung der Hilfen (Überbrückungshilfe III) auf mind. 100 % d. Betriebskosten zzgl. des fiktiven Unternehmerlohns!

Wir fordern Gleichbehandlung!

Derzeit kommt es zu einer enormen Marktverschiebung! Den Händlern aus Branchen wie Floristik / Elektronik und Weiteren ist ein Verbot der Öffnung auferlegt worden. Zum Teil werden jedoch in den derzeit offenen Verkaufseinrichtungen, Bsp. Spielwarenverkauf im Drogeriemarkt, Floristik im Lebensmitteleinzelhandel, eben derartige Waren weiterverkauft und auch insbesondere der online Handel profitiert von der Schließung des stationären Handels und der örtlichen Dienstleister. Wir sehen keinen Unterschied des Infektionsrisikos zwischen Friseur und Einzelhandelsgeschäft!

Wir fordern Unterstützung beim Neustart für unsere Mitarbeiter!

Ihnen als unsere gewählten Politiker sollte bewusst sein, dass die ausgesprochenen Auflagen und Verbote auch Nachwirkungen haben. Ständig werden wir, als Unternehmerverband, hilfeschend mit Fragen konfrontiert, welche nur von der Politik beantwortet werden können: Was passiert mit der verlorenen Rente durch Kurzarbeit für unsere Mitarbeiter? Gibt es auch einen Ausgleich für die geringfügigen Beschäftigten auf der sogenannten 450 Euro Basis, die nun schon fast ein Jahr nicht mehr von uns beschäftigt wurden?

Auch bei der Problematik der Mitarbeiterrückführung in den Alltag bedarf es einer Unterstützung. Sei es die Servicekraft, welche nach sechs Monaten Lockdown nicht mehr in ihre Dienstkleidung passt, oder die Einzelhandelskauffrau welche sich der psychischen Belastung im 40h – Job nicht mehr ohne weiteres stellen kann.

Es werden uns jetzt schon diese Handlungsfelder angezeigt. Wir sehen diese Herausforderung auf uns alle zukommen und wollen uns dieser Stellen, doch auch diese drohenden Ausfälle, müssen kompensiert werden! – Hierzu brauchen wir Unterstützung!



Wir fordern die Öffnung der Schulen und die Zulässigkeit lernbegleitender Hilfe!

Unsere Mitgliedsunternehmen arbeiten auch im Bereich der Lernbegleitung und Kompetenzvermittlung. Durch sie wird die Basis für Aus- und Weiterbildungen, egal in welchem Bereich gelegt. Laut PISA Studie von 2018 haben Schüler mit niedrigen Basiskompetenzen (allgemeine Schulfähigkeit ist u.a. Enttäuschungen ertragen können, Regelbedeutungen verstehen, motorische Fähigkeiten etc. pp.) eine höhere Gefahr in vielen Bereichen ausgegrenzt zu werden. Gerade Leistungsschwache Schüler sind in den Naturwissenschaften nicht in der Lage, auf Basis von Alltagswissen Daten zu interpretieren und valide wissenschaftliche Schlussfolgerungen zu ziehen. In Mathematik sind sie nicht in der Lage, den ungefähren Preis eines Gegenstands in einer anderen Währung anzugeben oder die Entfernung zwischen zwei Punkten über verschiedene Routen zu vergleichen. Beim Lesen haben sie Schwierigkeiten, die zentrale Idee eines Textes zu erfassen.

Eine weitere Beschränkung auf Distanzunterricht während der Pandemie wird die oben beschriebene Problematik verstärken. Der sowieso schon beschwerliche Weg zur Vermittlung des Lehrplanes wird immer mehr zum unüberwindbaren Hindernis. Den Schülern wird auf diese Weise die Grundlagen für eine spätere Ausbildung entzogen. Digitale Lernansätze sind wenig hilfreich, wenn der Zugang als Basis, sowie das Verständnis zum Zugang fehlt und Hilfen den betroffenen Haushalt, aufgrund der Einschränkungen, nicht erreichen.

Integrationshelfer sind jederzeit, ganz gleich welcher Coronastufe, systemrelevant. Sie ermöglichen besonderen Schülern den Bildungszugang. Coronabedingte Schließungen von Einrichtungen erfordern eine Absicherung der Integrationshelfer. Die Kostenzusagen seitens der zuständigen Ämter und Schulträger müssen weiterhin bestehen bleiben!



Wir fordern ein neues Denken für den Weg aus der Pandemie!

Was ein Lockdown in Bezug auf Fallzahlen bewirken kann haben die letzten Monate gezeigt. Wir zweifeln jedoch massiv daran, dass durch eine Schließung unserer Unternehmen noch mehr erreicht wird.

Deshalb fordern wir eine Evaluierung der erfolgten Maßnahmen und ein Umdenken! Wir brauchen jetzt Perspektiven für Öffnungen in allen Bereichen der Unternehmerschaft, der Kultur und des Sports mit entsprechendem Stufenplan & Konzepten.

Wenn man das Virus, wie Minister in Berlin angekündigt haben mit einer „Bazooka mit Wumms“ bekämpfen will, dann darf sich die Ladung nicht als Platzpatronen herausstellen.

In Erwartung einer schnellen Klärung,

Andreas Dötsch (Vereinsvorsitzender),
stellvertretend für die Vereinsmitglieder und die lokale Wirtschaft,
welche sich aktuell im Stich gelassen fühlen.